

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. Juli 1954

180/A.B.

zu 190/J

Anfragebeantwortung

Auf eine Anfrage der Abg. Proksch und Genossen, betreffend die Fleischverteuerung durch Viehexporte, teilt Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Illig mit:

Zur Erzielung eines angemessenen Schlachtviehabsatzes für die Landwirtschaft ist im vergangenen Herbst zwischen den Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft, für Inneres und für Handel und Wiederaufbau ein Übereinkommen getroffen worden, die Preise durch allfällige Interventionskäufe auf dem Schlachtviehmarkt St. Marx in Wien zu stützen. Zur Hintanhaltung übermässiger Importnahme öffentlicher Mittel für solche Interventionskäufe wurde gleichzeitig die Genehmigung von Schlachtviehexporten für notwendig befunden. Hierdurch konnte erreicht werden, dass bereits ab Jänner nur mehr wenige Interventionskäufe erfolgen mussten und sodann für diesen Zweck keine weiteren öffentlichen Mittel mehr aufgewendet werden mussten.

Zum beginnenden Frühjahr erreichten die Preise in St. Marx die im Herbst für Interventionskäufe festgelegten Zielpreise und begannen sich allmählich wieder den nach dem 5. Lohn- und Preisabkommen (1951) vorgesehenen Preisen zu nähern.

Im Hinblick auf diese Entwicklung hat das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau bereits anfangs Mai die Erteilung weiterer Bewilligungen zur Ausfuhr von Schlachtvieh gesperrt und darüber hinaus die Inhaber von noch nicht ausgenützten, jedoch rechtskräftig erteilten Exportlizenzen (für insgesamt 3.519 Schlachtrinder) zur freiwilligen Zurücklegung des grössten Teiles derselben (für 2.915 Schlachtrinder und 1.000 Stück Schafe) zu bewegen vermocht.

Ausserdem wurden zur weiteren Erhöhung der Marktauftriebe – neben gleichzeitiger Erhöhung des Fleischangebotes durch Ausgabe verbilligter Rindfleischkonserven – entsprechende Viehimporte im Rahmen der bestehenden Handelsverträge in Aussicht genommen. Solche sind auch bereits im Laufen; tatsächlich sind die in den vergangenen Wochen mit einigen Unterbrechungen angestiegenen Preise in letzter Zeit bereits wieder rückläufig, es kam zum Teil zu Preissenkungen bis zu 70 g pro Kilogramm Lebendgewicht. Auch weiterhin wird durch entsprechende Handhabung der Bestimmungen des Aussenhandelsverkehrsgesetzes für hinreichende Marktversorgung und tunlichste Stabilisierung der Preise auf angemessenem Niveau gesorgt werden.

-.-.-.-.-